

Deutsch-arabischer Mediendialog

Zwei Kulturkreise sprechen miteinander

Von Ludwig Watzal

Zum zweiten deutsch-arabischen Mediendialog trafen sich hochrangige Journalisten und Wissenschaftler aus zwölf arabischen Staaten und den palästinensischen Autonomiegebieten mit ihren deutschen Kollegen vom 11. bis 14. Mai in der jordanischen Hauptstadt Amman, um über Menschen- und Frauenrechte, die Probleme zwischen den arabischen Staaten und Deutschland bzw. der Europäischen Union sowie über die Beziehungen zwischen dem Islam und dem Westen angesichts der Globalisierung zu diskutieren. Diesem Treffen war bereits im November letzten Jahres eine Konferenz in Heidelberg vorausgegangen, die sich mit der Frage des gegenseitigen Feindbildes befaßte. Beide Veranstaltungen wurden vom Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) in Stuttgart in Zusammenarbeit mit der Auslandsabteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung organisiert. Ziel dieser Veranstaltung war die Überwindung geistiger Barrieren in den Vorstellungen der jeweiligen anderen Seite, um dadurch zu einer objektiven Beurteilung und Berichterstattung zu kommen. Dieses Ziel wurde voll erreicht, was bei der versammelten Sach- und Fachkompetenz auch nicht sonderlich verwundert.

Der deutsche Botschafter Peter Mende eröffnete die Konferenz und wies auf das deutsche Interesse am arabischen Kulturraum und die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen hin. Seiner Ansicht nach hängen gute Beziehungen nicht nur von ökonomischen Verflechtungen ab, sondern die gemeinsamen Grundlagen und das Überwinden von Differenzen sei ebenso wichtig. Welche Bedeutung diesem Mediendialog auch von jordanischer Seite zugemessen wurde, zeigt die Tatsache, daß sowohl der Direktor des jordanischen Fernsehens, Nasser Joudeh, die Konferenzteilnehmer beehrte, als auch der Minister für Public Works and Housing und stellvertretende Informationsminister, Nasser Lozi, die Teilnehmer empfing.

Udo Steinbach, Direktor des Hamburger Orient-Instituts, vertrat in seinem Eröffnungsvortrag die Ansicht, daß die deutsch-arabischen Beziehungen nur im europäischen Kontext einen Sinn ergäben. Nach seiner Ansicht hängen diese Beziehungen von vier zentralen Punkten ab: von der gerechten Lösung des israelisch-palästinensischen und damit arabischen Konflikts, der Etablierung einer Zivilgesellschaft, d. h. dem Aufbau eines demokratischen Staatswesens und der damit verbundenen Achtung der Menschenrechte, dem Verschwinden der Grenzen zwischen Europa und der arabischen Welt sowie von der Neuorganisation Europas. Sollte eine solche im Angesichts der Globalisierung nicht zustande

kommen, seien die Einzelstaaten die Verlierer. Der Dialog zwischen Europa und der arabischen Welt dürfe sich nicht nur um den Fundamentalismus drehen, da dieser eher eine marginale Erscheinung sei. Diese These Steinbachs als auch seine Betonung der zentralen Rolle der Medien als „vierter Macht“ riefen doch einigen Widerspruch hervor. Insbesondere die arabischen Medien sind noch meilenweit von dieser Rolle entfernt.

In dem Arbeitskreis über Frauen- und Menschenrechte vertrat Nasr Abu Zayd, derzeit Professor an der Universität Leiden in Holland, die These, daß es im Gegensatz zu den Menschenrechtsdokumenten in den westlichen Industrieländern „rassistische, sexistische und kulturelle Vorbehalte“ gebe, und diese einen „eklatanten Bruch der Menschenrechte innerhalb jeder dieser Gesellschaften“ darstelle. Die praktizierte „Erniedrigung, Aushungerung und Ausbeutung“ der unterentwickelten Staaten durch die Großmächte werfe die Frage auf, ob mit dem Begriff „Mensch“ in den Menschenrechtsdokumenten nur der „europäische Mensch“ gemeint sei. Diese Diskrepanz, die es zwischen dem „Ideal“ und der „Realität“ gebe, bestimme auch die Beziehungen zwischen der westlichen und arabischen Welt.

Bedrohte Meinungsfreiheit

Aus europäischer Perspektive vertrat Gernot Rotter, Professor für die Geschichte des Islam in Hamburg, die Meinung, daß die vom Westen definierten Menschenrechte permanent in den arabischen Staaten verletzt würden. Betroffen davon sei in erster Linie die Meinungsfreiheit. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß in zunehmendem Maße die westliche Interpretation als Heuchelei zurückgewiesen werde. Letzteres erfolge mit dem Hinweis auf die Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, die aber den Segen der USA hätten, wie z. B. Saudi-Arabien, die konservativen Scheichtümer oder auch Jordanien. Demokratische Reformen seien schwierig, weil es keine Trennung von Religion und Politik gebe.

Unter dem Aspekt der geopolitischen Dimension für diesen Dialog war es von einiger Wichtigkeit, die Hindernisse zu benennen bzw. aus dem Weg zu räumen, die einem besseren Verständnis im Wege stehen. Nabil Sharif, Chefredakteur von Ad Dustour in Amman, führte zahlreiche Argumente an, die aus der Sicht der Araber für diese nachteilig sind. So avancierte der Islam zum neuen Feindbild für die USA und Europa. Der Westen betreibe eine „Dämonisierung“, und die USA errichteten eine neue Hegemonie über die arabischen Länder, obwohl sie den Golfkrieg mitfinanziert haben. Sharif verwies nochmals auf die Doppelzüngigkeit des

Westens in bezug auf die Einhaltung von UN-Resolutionen im Falle Irak und Israel. Die Einpflanzung Israels in die islamische Welt bezeichnete er als „schlimmste Sünde“ des Westens. Was diese Tagung auch deutlich machte, war die zentrale Rolle Israel im Bewußtsein der Araber. Dies scheint ein Faktum zu sein, daß im Westen wohl unterschätzt wird.

Jochen Hippler, Politikwissenschaftler aus Köln, stellte eine Rangordnung deutscher Interessenpolitik auf. Es wurde deutlich, daß es eine große Kluft zwischen arabischen Erwartungen und tatsächlichen deutschen Prioritäten für diese Region gibt. An oberster Stelle der Interessenskala rangiere die europäische Integration, gefolgt von den Beziehungen zu den USA und der Integration Ost- und Mitteleuropas. Wenn man die Interessen Deutschlands und des Westens in der Region anschauet, ergibt sich nach Hippler folgende Rangfolge: die Migration von Muslimen aus der Türkei, die Sicherung der Energiequellen sowie die Konfliktvermeidung in der arabischen Region; dabei komme den Beziehungen zu Israel eine vorrangige Rolle zu. Hippler vertrat die Ansicht, daß der „muslimische Charakter“ der Türkei bei den augenblicklichen Dissonanzen zwischen dem Land und der EU keine zentrale Rolle spielt. Wichtiger sei die Migrationsfrage und die damit zusammenhängenden Kosten. Da die EU durch einen Beitritt der Türkei ökonomisch bedroht sei, lehne er einen solchen ab.

Neben heftiger Kritik an den USA, Israel und dem Westen allgemein gab es aber auch selbstkritische Stimmen wie Slaheddine Jouchi, Korrespondent von „Al-Arab Al-Ahbar“ aus Tunis, der gefordert hat, „daß wir den Westen nicht dafür verantwortlich machen dürfen, wofür wir selbst verantwortlich sind“. Immer wieder wurde von arabischer Seite gefragt, wie lange noch das „Schuldgefühl“ oder der „Schuldkomplex“ der Deutschen gegenüber Israel die Politik Deutschlands bestimmen werde. Insbesondere Ali Jerbawi von der Unabhängigen Kommission für Menschenrechte und Dozent an der Bir-Zeit-Universität aus den Autonomiegebieten beschrieb die miserable Lage der Palästinenser, für die Israel verantwortlich sei, der Westen tue dagegen zu wenig.

Auch diese Konferenz hat deutlich gemacht, wie wichtig solche Veranstaltungen sind. Das Ifa und das Bundespresseamt täten gut daran, diese Konferenzserie fortzusetzen, weil es sich um eine sinnvolle Investition handelt. Im Interesse der Veranstalter läge ebenfalls eine regionale Konferenz, die sich z. B. auf den Maghreb konzentriert. Für zukünftige Veranstaltungen sollte überlegt werden, ob man nicht den rein deutschen durch einen europäischen Blickwinkel erweitert. ●